

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verleger von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Hapdelstells): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11.800
11.801, 11.802 bis 11.851, sowie 15.277, 15.281, 15.282 bis 15.298

Fürsorge für Ostpreußen.

Die Wirtschaftsnot der Provinz.

Es hat die Absicht bestanden, am 14. d. Mts. eine Besprechung mit hervorragenden Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen Ostpreußens, den Handelskammern, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, unter Teilnahme des Oberpräsidenten Winnig abzuhalten. An dieser Besprechung beabsichtigte eine größere Zahl von Reichsministern und preußischen Ministern persönlich teilzunehmen. Es sollten alle wichtigeren Fragen des Wirtschaftslebens und des Verkehrslebens erörtert werden. Diese Besprechung wurde auf Wunsch des Oberpräsidenten Winnig auf kurze Zeit vertagt, weil der Oberpräsident eine Vorbesprechung in Königsberg für erforderlich erachtete. Der Oberpräsident ist seitens der Staatsregierung zur Abhaltung dieser Vorbesprechung bereits ermächtigt, so daß die Besprechung in Berlin für die nächste Zukunft erwartet wird. Die Regierung will in lebendiger Führungnahme mit den maßgebenden Kreisen Ostpreußens, insbesondere mit den wirtschaftlichen Interessensvertretungen die Schwierigkeiten und die Not erörtern, die sich für Ostpreußen aus der politischen Entwicklung ergeben und mit ihnen gemeinsam möglichst wirtschaftlich praktische Mittel zur Begegnung dieser Notstände suchen.

Münster, 20. Februar.

Die Verordnung über den Passzwang wird am 23. Februar in Kraft treten. Die Ueberwachung des Zugverkehrs und der Hauptverkehrsstraßen wird auch weiterhin der Sicherheitswehr überlassen bleiben. Die Einreise in das Abstammungsgebiet wird vom 23. d. M. ab nur mit einem Paß versehenen Reisenden gestattet sein. Der Paß muß das Sichtbild der betreffenden Person sowie das Blum des interalliierten Kontrolloffiziers tragen.

gen. Eine Ueberwachung des Telegramm-, Telephon- und Briefverkehrs und Pressezensur werden nicht eingeführt werden. Die Kommission hat ihr Arbeitsgebiet in drei „Departements“ eingeteilt: dem ersten, Innere Angelegenheiten und Justiz, steht der Oberleutnant Bannet, dem zweiten, Finanzen, der Franzose Robert, dem dritten, Verkehrsweisen, der Oberst Lomas vor.

Weiterhin wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Internationale Kommission die direkte Zugverbindung durch den polnischen Korridor als dringend notwendig bezeichnet habe. Der Oberst Lomas würde sich in den nächsten Tagen nach Warschau begeben, um die sofortige Einführung direkter D-Züge Ostschau-Königsberg und Cöslau-Thorn durchzusetzen. Die deutschen Ernährungsgelehrte würden ihre Gültigkeit behalten, ebenso sollte die Ein- und Ausfuhr keinen neuen Beschränkungen unterliegen.

Die Postverbindung mit Ostpreußen.

Die Sonderbestimmungen und Einschränkungen für den Paketverkehr mit Ostpreußen sind heute früh wieder aufgehoben. Die gesamte Briefpost wird nach wie vor über Stolp, Danzig, Dirschau, Marienburg geleitet, und zwar stehen dafür jetzt drei mit Bahnposten ausgerüstete D-Züge täglich zur Verfügung. Auf der Strecke Schneidemühl-Königs-Dirschau bereiten sich zwei Güterzüge täglich, die in der Hauptsache für den Paketverkehr eingerichtet sind. Für den sonstigen Zugverkehr aus Deutschland nach dem Osten ist die Strecke Königs-Dirschau noch immer gesperrt. Ebenso ist die Strecke Schneidemühl-Bromberg-Thorn für den deutschen Durchgangsverkehr noch immer nicht benutzbar. Die durch das polnische Gebiet führenden Telegraphenleitungen nach Ostpreußen sind jetzt zum größten Teil wieder betriebsfähig; dagegen sind die Fernspreleitungen sämtlich noch gestört, mit Ausnahme derjenigen nach Danzig.

Zugesordnung angenommen, die Kenntnis nimmt von den Erklärungen der Regierung, aber auch gleichzeitig verlangt, daß Deutschland seine Verpflichtungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen restlos erfüllt.

Eine neue Note Wilsons.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 19. Februar.

Das „Journal“ meldet von der Vorkonferenz in London: Die Bewegung, die durch die Note Wilsons verursacht wurde, hat sich noch nicht gelegt, und schon kündigt man eine Antwort Wilsons auf die Antwortnote der Alliierten an. Der Text wurde am Donnerstag morgen durchgesehen. Drahtmeldungen aus Washington zufolge wird die neue Wilson-Note am Freitag abgeschickt werden. In Washington scheint man der Auffassung zu sein, daß die Italiener es vorziehen werden einen Kompromiß anzunehmen, als den Vertragsbruch nach weiter hinauszuschieben. In England wünscht man, daß die Note, die in der Adriafrage gewechselt werden, veröffentlicht werden, und man erwartet, daß Präsident Wilson dies gestatten werde. In Washington will man aber hiermit warten, bis sich die Lage etwas geklärt hat.

Die Haager Notenfälschung.

Das Holländische Neuwesbüro teilt mit: „Wir haben sofort den Direktor des Haager „Nieuwe Courant“ um nähere Auskunft über die Publikation der angeblichen deutschen Note gebeten. Dieser teilte uns mit, er sei vermutlich das Opfer einer absichtlichen Irreführung geworden. Daß es sich um eine Art Komplotz handele, werde daraus deutlich, daß er heute morgen eine neue Zuschrift, diesmal von Herrn Otto Antenried in Durlach in Baden erhalten habe, der ihm ebenso den Text der angeblichen Note vertraulich zusandte mit dem Bemerkten, daß diese Note bald veröffentlicht werden würde. Die ganze Angelegenheit scheint also ein Versuch von deutsch-nationaler Seite zu sein, die eigene Regierung zu belächeln und die Verhandlungen über die Kreditgewährung durch das Ausland zu gefährden.“

Ein kanadischer Gesandter in Washington.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Kopenhagen, 20. Februar.

Der „Daily Express“ meldet, daß die kanadische Regierung dem Parlament die Entsendung eines eigenen Gesandten nach Washington empfohlen habe. Alle rein kanadischen Angelegenheiten sollen direkt zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten erledigt werden, während England berührende Fragen auch weiterhin dem Kolonialdepartement unterbreitet werden sollen.

Das bundesstaatliche Deutsch-Österreich.

Von

Rudolf Labur.

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Salzburg, 18. Februar.

Die Länderkonferenz, die hier gestern zu Ende gegangen ist, hat für das Deutsche Reich eine vielleicht ebenso große Bedeutung wie für Deutsch-Österreich. Vom großdeutschen Standpunkt kann man es begrüßen, daß sie stattgefunden hat. Man bekam in den dreitägigen Beratungen der Ländervertreter ein lebenswahreres Bild der in allen Volksteilen vorherrschenden Stimmungen, denn in der Wiener Nationalversammlung. Ohne die praktischen Ergebnisse dieser ersten Länderkonferenz, die in Monatsfrist von einer zweiten in Linz gefolgt sein wird, überschätzen zu wollen, darf man die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und des Reichstages recht nachdrücklich auf die Salzburger Verhandlungen lenken: sie haben ein gesamtdeutsches Interesse.

Im Vordergrund fast aller Reden und Erklärungen stand die Anschlussfrage. Wer nach der Länderkonferenz behaupten wollte, die Frage sei abgetan, weil ein Entenverbot vorliegt, wird sich von den Sitzungsberichten eines andern belehren lassen. In Wien sind es nur die Großdeutschen, die ab und zu laut für den Anschluß eintreten; aber sie sind im Parlament schwach an Zahl und von der Regierung ausgegeschlossen. Die Sozialdemokraten stehen nach wie vor auf dem von Viktor Adler eingenommenen Standpunkt, daß die Vereinigung aller Deutschen kommen muß; jedoch schweigen sie aus Parteidisziplin, weil sie noch immer auf die Ergebnisse der von Staatskanzler Dr. Renner ausgegebenen Parole: „Westorientierung“ warten. Der Kanzler hat gerade wieder gesagt, wer die Verantwortung für die Gründung von 6 1/2 Millionen Menschen trage, dürfe nicht nach Gefühlsmomenten Politik treiben, und das arme deutsche Mutterland könne nicht helfen. In der Christlichsozialen Partei allein gibt es Anschlussgegner; es sind diese fast ausschließlich die Allwiener, die über eine Donauföderation zu ihren Sabaudern zurückkommen hoffen. Diese Wiener Parteigrößen beherrschen allzusehr die anders gestimmten Christlichsozialen der Länder, wenn die Nationalversammlung tagt.

In Salzburg war man fern der hauptstädtischen Präpotenz und auch der bekanntlich im geheimen anschlussgegnerischen Wiener Presse. Selbst die Sozialdemokraten schienen froh zu sein, sich ein wenig der Insubordination gegen die vielfach von ihnen höchst peinlich empfundene Westorientierung hingeben zu dürfen. Anfangs hatten sie, entsprechend den Wünschen Dr. Renners, mit Obstruktion gedroht; die Länderkonferenz habe keine Vorkonferenz; über Verfassungsfragen stehe allein der konstituierenden Nationalversammlung die Beschlussfassung zu. Da ihnen aber die Bürgerlichen geschlossen gegenübertraten, einigte man sich, daß die Bestimmungen nur die „Feststellung von Meinungsäußerungen und Grundfragen“ bedeuten sollten. Dann aber redeten die Genossen der verschiedenen Länder um so ungezwungener und stimmten teils ohne Parteidisziplin mit den Bürgerlichen. Der Meinungsstreit unter den Christlichsozialen, abgesehen von tiefgehender, wurde vor der Öffentlichkeit verborgen — hier hatten die Wiener Anschlussgegner nicht mehr zu sagen wie die Parteifreunde auch der kleineren Länder; darum beantragten sie sich damit, in die Resolutionen der großen Mehrheit einen entgegengesetzten Sinn zu legen.

In der Begründung, weshalb Deutsch-Österreich eine bundesstaatliche Verfassung haben müsse, betonten die meisten Redner der bürgerlichen Parteien, daß der Anschluß an Deutschland, der allein imstande sei, Deutsch-Österreich lebensfähig zu machen, nur im Wege der Länder, ohne Vermittlung eines Einheitsstaates erfolgen könne; sie betonten weiter, daß der Wegfall der Pragmatischen Sanktion und des Herrscherhauses jedem der Länder seine einstige Selbstständigkeit zurückgeben habe. Präsident Dr. Dinghofer hatte bei der Volkskundgebung für den Anschluß gesagt:

„Menschlich begreiflich ist der Gedanke, es wäre am besten, wenn der Staat Deutsch-Österreich auseinanderfiel, was vor aller Welt die Unmöglichkeit des Bestehens beweisen würde. Aber es ist auch sicher, daß diese Länder auch allein nicht werden leben können. Die Länder wollen aber auch gar nicht abfallen, um selbständig weiter zu leben, sondern um Glieder des großen Deutschen Reiches zu werden. Noch ein Vorschlag geht auf die Aufteilung Deutsch-Österreichs in Gruppen: Vorarlberg an die Schweiz, Tirol, Salzburg und Kärnten an Deutschland, Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark als Grundstock für den neuen Staat. Man kann die Sache drehen, wie man will, für uns ist die einzige Lebensmöglichkeit die Wiedervereinigung aller Deutschen in Mitteleuropa, das heißt, wir müssen mit allen Mitteln trachten, den Anschluß an das Deutsche Reich durchzusetzen.“

Solche Worte wurden in Salzburg, wo alle unterschiedslos für den Anschluß sind, mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dr. Dinghofer meinte, die Frage, ob man den Anschluß als selbständiger Bundesstaat oder nach Ländern vplizieren werde, sei schließlich von untergeordneter Bedeutung. Die Idee aber der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Bayern beruhe die Gefahr der Gründung eines süddeutsch-katholischen Staates, eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk: es wäre

Beschleunigung der Besoldungsreform

Vorlage in der nächsten Woche

Die Vorbereitungen für die Reichsbesoldungsreform werden zwischen den beteiligten Reichsministerien mit Hochdruck betrieben, in täglichen Sitzungen, die bis in die frühe Nacht hinein währen. Wie wir erfahren, sollen die Besoldungsgehalte schon im Laufe der nächsten Woche an den Reichstat kommen.

Die Aufzählungsfristen sollen gegen den bisherigen Zustand wesentlich verkürzt werden. Auf diese Weise erreichen die Beamten das Höchstalter in vergleichsweise frühem Alter. Zum Beispiel erhalten die Unterbeamten der Besoldungsgruppe I künftig unter günstigen Verhältnissen das Höchstalter bereits mit 40 Jahren. Für die nichtplanmäßigen Beamten, die noch auf Däten angestellt sind, tritt eine Angleichung an die Besoldung derjenigen planmäßigen Stellen ein, in denen sie ihre erste endgültige Anstellung finden. Mit dem System der Zulagen soll gründlich aufgeräumt werden.

Die Zahlung der Gehälter erfolgt bei den planmäßigen Beamten, wenn die Ueberweisung auf ein Konto geschieht, vierteljährlich, sonst monatlich im voraus.

Die Wahl zu den Elternbeiräten.

Die Landesversammlung lehnte heute in namentlicher Abstimmung den Antrag auf Verschiebung der Wahlen zu den Elternbeiräten mit 163 gegen 57 Stimmen ab.

Die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich.

Drahtmeldung.

Paris, 19. Februar. (B. Z. B.)

In der heutigen Sitzung der Kammer brachte der Abgeordnete Bazhou eine Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung ein. Ministerpräsident Millerand erklärte, daß kommende Woche der Tag der Verhandlung der Interpellation festgelegt werde.

Bei der Debatte über die Kohlenfrage erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, Deutschland habe im Januar nur 497 000 Tonnen geliefert, im Februar durchschnittlich nur 33 000 Tonnen pro Tag. Deutschland respektiere die Verpflichtungen nicht, die es eingegangen sei. Es schulde Frankreich monatlich 1 899 000 Tonnen. Er erklärte, daß er mit dem Ministerpräsidenten einig sei, daß man in dieser Frage Deutschland nicht nachgeben werde.

Der Antrag eines sozialistischen Abgeordneten, eine Enquete-Kommission über die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter, über den Nutzen der Bergwerksbesitzer und über die Frage der Rationalisierung der Bergwerke einzusetzen, wurde mit 442 gegen 137 Stimmen abgelehnt und schließlich eine